

369



Der
Freiheits-
kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

58. Jahrgang – Nr. 23 – März 2008

Gedenkmesse

Wie alljährlich feiert
unsere Organisation
auch heuer am

**Dienstag,
den 11. März 2008
um 18 Uhr
eine Messe in
St. Michael,
1010 Wien,
Michaelerplatz**

zum Gedenken an
all jene Kameraden,
die für Österreich
ihr Leben hingegeben
haben oder inzwischen
verstorben sind.

*Wir bitten
um zahlreiches
Erscheinen.*

Österreich(-er) Opfer oder Mittäter der NS Gräueltat?



Volk von Österreich!

Zum erstenmal in der Geschichte unseres Vaterlandes verlangt die
Führung des Staates ein offenes Bekenntnis zur Heimat.

**Sonntag, der 13. März 1938
ist der Tag der Volksbefragung.**

Ihr alle, welchem Berufsstand, welcher Volksschichte Ihr angehört,
Männer und Frauen im freien Österreich, Ihr seid aufgerufen, Euch vor der
ganzen Welt zu bekennen; Ihr sollt sagen, ob Ihr den Weg, den wir gehen, der
sich die soziale Eintracht und Gleichberechtigung, die endgültige Überwindung
der Parteienzerklüftung, den deutschen Frieden nach innen und außen, die
Politik der Arbeit zum Ziele setzt, - ob Ihr diesen Weg mitzugehen gewillt seid!
Die Parole lautet:

**„Für ein freies und deutsches, unabhängiges
und soziales, für ein christliches und einiges
Österreich!**

**Für Friede und Arbeit und die Gleichberechti-
gung aller, die sich zu Volk und Vaterland
bekennen.“**

Das ist das Ziel meiner Politik.

Dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufgabe, die uns gestellt ist, und das
geschichtliche Gebot der Stunde.

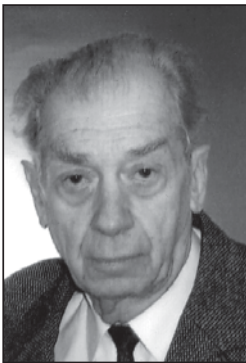
Kein Wort der Parole, die Euch als Frage gestellt ist, darf fehlen. Wer
sie bejaht, dient dem Interesse aller und vor allem dem Frieden!

Darum, Volksgenossen, zeigt, daß es Euch ernst ist mit dem Willen,
eine neue Zeit der Eintracht im Interesse der Heimat zu beginnen; die Welt
soll unseren Lebenswillen sehen; darum, Volk von Österreich, stehe auf wie ein
Mann und stimme mit

Ja!

Front-Heil! Österreich!

Schuschnigg.



Hubert Jurasek

Österreich(-er) Opfer oder Mittäter der NS Gräueltaten?

Vor 70 Jahren Mitte März 1938 ist unsere Heimat Österreich von der benachbarten braunen Hydra verschlungen worden, ohne dass die Welt, ausgenommen die Sowjetunion und Mexiko, darauf näher reagiert hätte. Sind der Staat Österreich bzw. dessen Bevölkerung Opfer oder auch Mittäter und damit kollektiv verantwortlich für die von den Nationalsozialisten (NS) verübten Gräueltaten, wie seit einiger Zeit behauptet wird?

Schon auf der ersten Seite seines politischen Bekenntnisbuches „Mein Kampf“ hat Adolf Hitler (AH) „den Anschluss Österreichs“ an Deutschland gefordert (FK September/1984, S 9 f. vom Dezember/2000, S 2 f., VN 111). Noch vor der am 30.1.1933 erfolgten „Machtergreifung“ der (NS) in Deutschland hat AH den ehemaligen Kommunisten Theo Habicht zum „Landesinspekteur für Österreich“ mit dem Sitz in München bestellt und ihm den Auftrag erteilt, mit den von ihm zusammengeschlossenen vorher zerstrittenen österreichischen NS die Regierung zu stürzen und Österreich mit Deutschland zu „vereinen“ (KÖ 45 ff.).

Nach der Machtergreifung der NS in Deutschland, von wo sie materielle Unterstützung, vor allem Sprengstoff, bekommen haben, steigerten die österreichischen NS ihre Terroranschläge in der Zeit von 1933 bis 1938; durch solche Anschläge sind 350 Personen zu Schaden gekommen (GP). Über Weisung von Habicht und unter seiner Verantwortung haben die NS in Österreich mit Wissen und tatkräftiger Unterstützung durch hochrangige Stellen aus dem Reich und in Österreich akkreditierte Diplomaten der deutschen Botschaft in Wien am 25.7.1934 durch einen Putsch, bei dem der österreichische Bundes-



Letzte Opfer des NS-Terrors in Wien am 8.4.1945

kanzler Dr. Dollfuß ermordet worden ist, versucht, in Österreich die Macht zu ergreifen und Österreich „heim ins Reich zu führen“ (VN 113 f., KÖ 201 ff., SchK 331, PÖ 468 ff., FK 11/04).

Während noch am selben Tag in Wien der Putsch niedergeschlagen und die Putschisten verhaftet worden sind, ist der Aufstand in den Bundes-

ländern so massiv gewesen, dass sich die Bundesregierung gezwungen gesehen hat, nicht nur das österreichische Bundesheer, sondern alle ihr zur Verfügung stehenden bewaffneten Kräfte einzusetzen. Österreich ist der erste Staat gewesen, der mit seiner Wehrmacht den NS entgegen getreten ist und damit AH die erste und bis Stalingrad einzige militärische und politische

Niederlage bereitet hat. In den teilweise schweren Kämpfen, u.a. am Pyhrnpass, in Kärnten und in der Steiermark im Grenzgebiet zu Jugoslawien, das den NS logistische Hilfe geleistet hat, sind auf Seiten der Regierungsverbände 151 Tote zu beklagen gewesen: Verloren haben: das österreichische Bundesheer 21, die Bundespolizei 2, Bundesgendarmarie 10, der österreichische Heimatschutz 111, die Ostmärkischen Sturmtrupps 7 (FK vom Juni/1994). Schon drei Tage vor dem Losschlagen der NS hat Mussolini als Drohgebärde Truppen an die österreichische Grenze verlegt; der österreichische Militärattache in Rom General Libitzky hatte am selben Tag in einem chiffrierten Telegramm das Bundesministerium für Landesverteidigung – leider vergeblich – gewarnt (STB 35). Die deutsche Bundesregierung hat offiziell den Putsch und die Ermordung von Engelbert Dollfuß „bedauert“, Theo Habicht abgesetzt und ihren Botschafter in Wien abberufen. An dessen Stelle ist als Botschafter nach Wien Franz von Papen entsandt worden (PÖ 477 ff., KÖ 221 f., FK September/1984).

Nach einer gewissen Zurückhaltung unmittelbar nach ihrer Niederlage vom Juli 1934 setzten die NS ihre Terrorwel-

le fort. In der Absicht, die Lage zu beruhigen, hat Kurt Schuschnigg, der 1934 als Kanzler Engelbert Dollfuß nachgefolgt ist, am 11. Juli 1936 mit AH ein Abkommen geschlossen (Juliabkommen), in dem AH die volle Souveränität Österreichs anerkannt hat; die Tätigkeit der NS in Österreich sei dessen innere Angelegenheit, in die sich Deutschland nicht einmische; in einem geheimen Zusatzabkommen hat sich Österreich unter anderem zu einer weit-

nister von Neurath, Josef Göbbels) gekommen (PÖ 501 ff., 520 ff.).

Nur schweren Herzens folgte Bundeskanzler Schuschnigg der ihm von Papen überbrachten fingierten Einladung für 11.2.1938 zu einer „Aussprache“ mit AH auf dessen Berghof nächst Berchtesgaden, um sich nicht den Vorwurf Großbritanniens zuzuziehen, er weise Hitlers ausgestreckte Hand zurück. Für den Fall, dass Schuschnigg

anzunehmen, ihn mit den Agenden der Sicherheit zu betrauen und den österreichischen NS „freie Betätigung zu gewähren“, was einer Lähmung des Staates und der Widerstandskräfte gleichgekommen ist (PÖ 532, SchK 234, 302, HSch 9 ff.).

Die NS in Österreich nutzten ihre praktische Immunität leidlich aus. Angesichts dieser Situation erklärt Schuschnigg bei der Vorstellung der neuen Regierung vor den Bundestag,

den 13.3.1938 anberaumten Volksabstimmung für Österreichs Freiheit wäre daher ein großes Ja zu erwarten gewesen (HSCH 210 ff. 336, ÖWIP 4/88 S 55 ff.). In den Vormittagsstunden des 11.3.1938 hat Göring aus Berlin in einem Anruf an Seyß-Inquart die sofortige Absage der Volksabstimmung verlangt, welchem Verlangen Schuschnigg nachgegeben ist. In weiterer Folge wurde auch Schuschniggs Rücktritt und die Betrauung von Seyß-Inquart mit der Regierung verlangt. Als Schuschnigg erfahren hatte, dass AH die Mobilmachung in Bayern angeordnet hat, hat er in seiner Rundfunkansprache am 11.3.1938, 18:30 Uhr, den Rücktritt öffentlich bekannt gegeben und mit den Worten geschlossen: „Wir weichen der Gewalt“, „Gott schütze Österreich“ (SchK 307). Nach längerem Widerstand hat Bundespräsident Miklas Seyß-Inquart mit der Regierungsbildung betraut (VN 256, PÖ 540 f., STB 46, FK Juli/2003).

In den Morgenstunden des 12.3.1938 sind ab 5:30 Uhr 105 000 Mann deutscher Truppen, sowie ca. 40 000 Mann SS-Truppen und Polizeiverbände, dazu 36 Bomber und 60 Transportflugzeuge, in Österreich eingedrungen (PÖ 542 f., 562, SchK 307 f. NR S 3). Unter dem Vorsitz von Seyß-Inquart ist in einer nur zehn Minuten dauernden Ministerratsitzung am 12.3.1938 um 16:00 Uhr dem Verlangen der NS Reichsregierung nachkommend, ein Bundesverfassungsgesetz beschlossen worden, dessen Artikel 1 lautete: „Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.“ Der Beschluss eines gleich lautenden deutschen Verfassungsgesetzes ist in Anwesenheit von AH am 13.3.1938 in Linz verkündet worden (PÖ 547, SchK 311 ▶



„Hotel Metropol“, Mordzentrale der Gestapo auf dem Morzinplatz. Stätte der Bewährung für viele Korporierte.

gehenden Amnestie sowie zur Heranziehung von Vertreter der so genannten „Nationalen Opposition in Österreich“ an der Mitwirkung an der politischen Verantwortung verpflichtet (SchK 187, 211, 264). Dieses Abkommen hat keine Erleichterung für Österreich gebracht, die NS haben ihre Wühlarbeit fortgesetzt, es ist zu zum Teil unerwünschten Besuchen hochrangiger NS-Politiker (z.B. Hermann Göring, der deutsche Außenmi-

nister nicht mehr zurückkomme, hat er den Wiener Bürgermeister Richard Schmitz um die vorläufige Übernahme der Regierungsgeschäfte ersucht (ÖWIP 4/88, S 49). Den ganzen Tag von AH angebrüllt, unter schwerstem psychischen Druck und Drohung des Einzugs der deutschen Truppen hat Schuschnigg unter anderem folgenden schwerwiegenden Forderungen AH zugestimmt: Seyß-Inquart als Innenminister in seine Regie-

dem damals höchsten Gremium, „bis hier her und nicht weiter“ und schließt mit den Worten „rot-weiß-rot bis in den Tod“ (PÖ 529 f.), was bei den Österreichern große Begeisterung ausgelöst hat. Deutschland reagierte empört. Die aufrechten Österreicher, auch Sozialisten und Kommunisten, erklärten sich bereit, aktiv für den Kampf um Österreichs Freiheit mitzuwirken (WWV I. S 163, WÖ 59). Bei der von Schuschnigg überraschend für

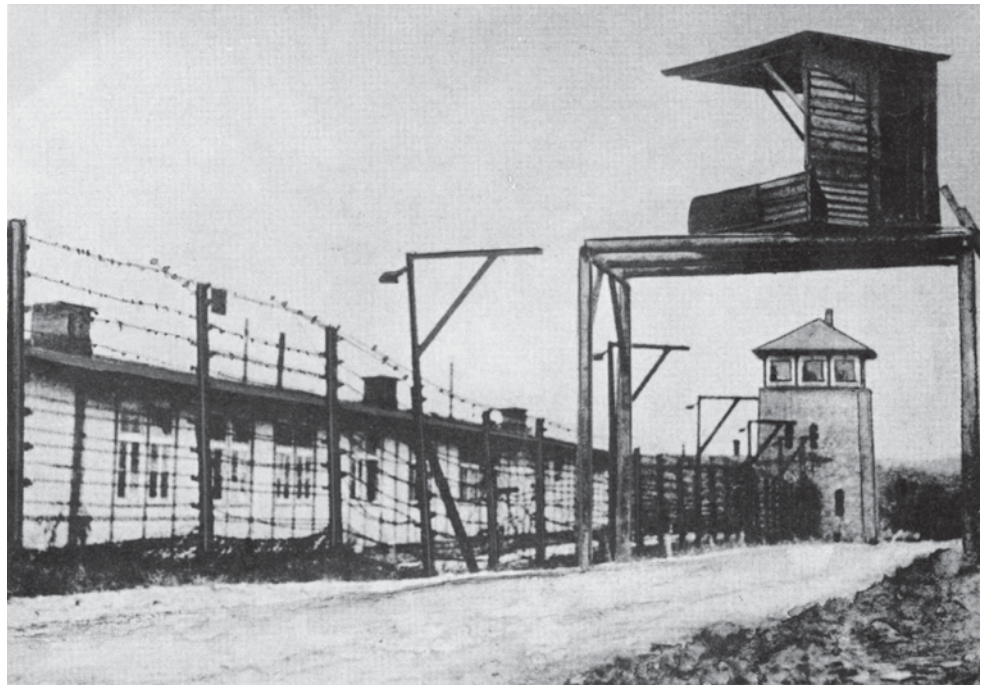
► f., HSCH 220). Bundespräsident Miklas hat sich geweigert, dieses Gesetz zu unterschreiben und ist zurück getreten; seine Befugnisse sind nach der damaligen Verfassung auf den Bundeskanzler über gegangen. Bundeskanzler Seyß-Inquart hat als Bundeskanzler den Beschluss des Bundesverfassungsgesetzes dem mit der Führung der Geschäfte des Bundespräsidenten betrauten Seyß-Inquart mitgeteilt und auf beiden Seiten unterschrieben (PÖ 546). Ein Wechsel an leitender Stelle eines Staates sei durch die von außen kommende Einwirkung unter militärischer Drohung herbeigeführt worden (Prager Tagblatt, zitiert in PP vom 13.3.1938 S 5, „Pressestimmen vom 13.3.1938“). AH ist dadurch widerrechtlich Staatsoberhaupt und Regierungschef des ehemaligen Staates Österreich geworden.

In einer von AH angeordneten „Volksabstimmung“ am 10.4.1938 sind diese beiden Verfassungsgesetze mit den in Diktaturen üblichen nahezu 100 Prozent angenommen worden. Als erstes haben die USA ihre Gesandtschaft in Wien in ein Konsulat herabgestuft; fast alle anderen Staaten, darunter auch Frankreich, Großbritannien und Italien, die in der Konferenz von Stresa am 13.4.1935 Österreichs Souveränität ausdrücklich garantiert hatten, sind diesem Beispiel gefolgt, ausgenommen die Sowjetunion und Mexiko (STB 49). Nach völkerrechtlicher Praxis ist damit „der Anschluss Österreichs an Deutschland“ de facto anerkannt worden. Der Völkerbund hat Österreich stillschweigend als Staat gestrichen (Finis Austriae). Um Zeit zur Aufrüstung zu gewinnen, hat die damalige englische Regierung Österreich geopfert und damit

Deutschland den Weg nach Osten aufgemacht. (Otto Habsburg in AC vom März/03 S 22). In der Tiroler Berggemeinde Tarrens (BH Imst) haben bei der von Schuschnigg angeordneten Volksbefragung am 13.3. – offenbar in Unkenntnis des Widerrufs – 100 % für ein selbständiges unabhängiges Österreich gestimmt; in der selben Gemeinde haben bei der von Hitler angeordneten Volksabstimmung am 10.4.1938 ebenfalls 100 %

31.7.1941 in seiner Resolution 328 die Okkupation Österreichs durch das NS Deutschland für null und nichtig erklärt (STB 51, FK 9/2003 S 2 ff.). Die sozialistischen Emigranten sind bis knapp vor Kriegsende für den Anschluss Österreichs an Deutschland gewesen. Am 28.5.1942 hat der Staatssekretär der USA Cordell Hull erklärt, Österreich sei ein Opfer der NS-Erpressung, die USA würde die Okkupation Österreichs durch

klärung habe versucht, bewusst zu machen, dass die NS 1938 deshalb in Österreich einmarschiert seien, um ein demokratisches Volkstotum für ein unabhängiges Österreich zu verhindern (ÖWIP 3/2002). Der Nürnberger Gerichtshof hat in seiner Urteilsbegründung vom 30.9. und 1.10.1946 festgestellt, dass der Einfall in Österreich eine im voraus geplante Angriffsmaßnahme zur Förderung des Planes gewesen sei, gegen ande-



Bewachungstürme bei Block 5 des Hauptlagers. Bis 1944 befand sich in dieser Baracke in der Stube A das Häftlingsrevier; in der Stube B wurden von 1941 bis Ende 1943 jüdische Häftlinge isoliert. (SS-Foto)

dem Anschluss Österreichs an Deutschland zugestimmt (SchK 313, FK November/1991).

Durch die beiden Verfassungsgesetze, dass das Land Österreich ein Teil des deutschen Reiches sei, ist der Staat Österreich seiner völkerrechtlichen Rechts- und Handlungsfähigkeit beraubt worden, ist also ein Opfer der NS Aggression. Vor allem auf Initiative von Dr. Habsburg hat der Senat der USA am

Deutschlands niemals anerkennen. Winstons Churchill hat am 9.11.1940 und 24.8.1941 gesagt, Österreich hätte zu den Ländern gehört, zu deren Befreiung England das Schwert gezogen habe. In der „Moskauer Deklaration“ vom 1.11.1943 haben die drei Siegermächte, Großbritannien, USA und Sowjetunion erklärt, Österreich sei das erste freie Land gewesen, das der typischen Angriffspolitik AH zum Opfer gefallen sei (ÖWIP 4/88 S 63); Diese Moskauer De-

re Länder Angriffskriege zu führen (VN 375, ÖWIP 1/95).

Die sich mit den Problemen des Landes Österreich während der NS-Zeit Befassenden, die diese Zeit noch selbst erlebt haben, haben unter „Österreich“ das Völkerrechtssubjekt Staat Österreich verstanden. Nach den vorliegenden Rechtsausführungen, vor allem des Nürnberger Gerichtshofes und der Alliierten Siegermächte ist das Völkerrechtssubjekt Österreich nicht

mehr existent, nicht mehr handlungsfähig und daher auch nicht mehr deliktfähig gewesen. Handlungsunfähige können nicht schuldig handeln, es kann daher für den Staat Österreich eine Mitschuld nicht entstanden sein (VN 174, DAM 173 S 4).

Schon in der „Moskauer Deklaration“ wird bezüglich Österreich einerseits festgestellt, dass es der Aggression von AH zum Opfer gefallen sei, andererseits, dass Österreich für die Beteiligung am Krieg auf Seiten der NS Wehrmacht die Verantwortung trage. Österreich als Staat hat es während des Krieges 1939 – 45 nicht gegeben, wohl aber sind aus Österreich Stammende in die Deutsche Wehrmacht gezwungen worden; österreichische Truppen hat es ebenfalls nicht gegeben. Zum ersten Mal wird hier unter „Österreich“ einerseits der Staat Österreich, andererseits aus Österreich stammende Personen verstanden. In seiner Rede vor dem österreichischen Nationalrat 1991 hat Bundeskanzler Vranitzky zwischen Österreich als anekdotierten und nicht existierenden Staat und Österreichern unterschieden, die in der NS Ära schuldig geworden sind; Das selbe hat Vranitzky 1993 in seiner Rede in Israel gesagt (ÖN Band 3, FK Dezember/2000, S 2 f.).

Als erster hat 1966 Simon Wiesenthal in einem Memorandum an die österreichische Bundesregierung die Frage der österreichischen Mittäterschaft aufgerollt und vor allem auf den angeblich überproportionalen Anteil der Österreicher beim Holocaust hingewiesen (DAM

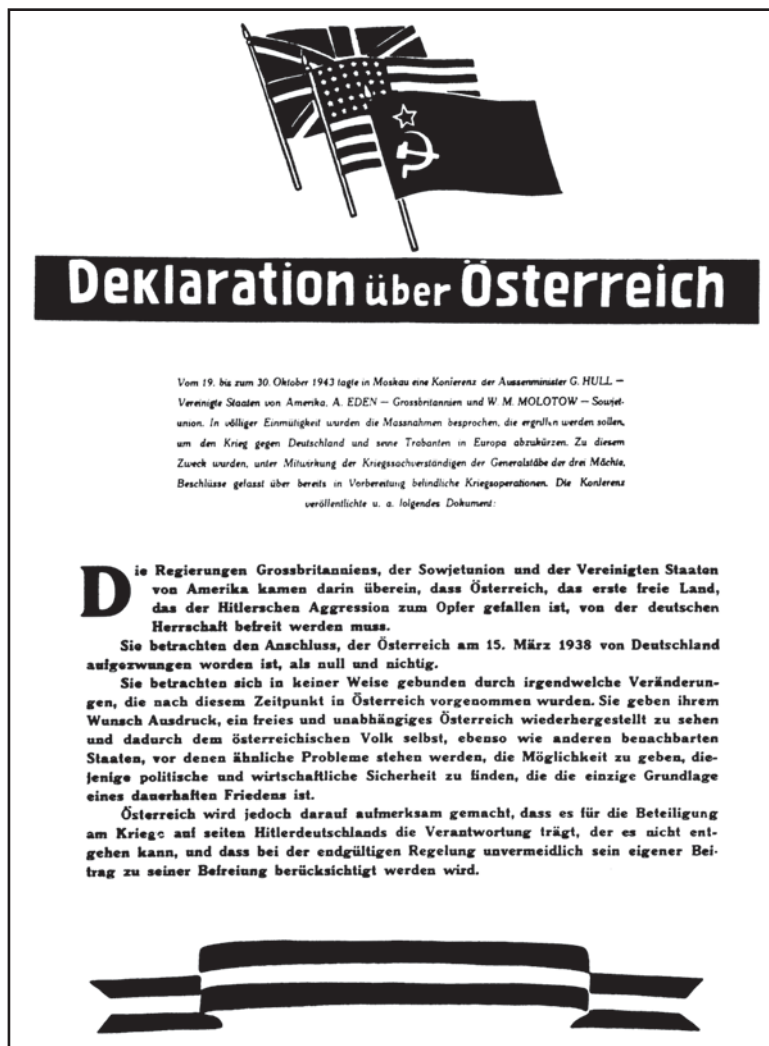
173/4). 1975 bzw. 1981 hat eine neue Generation von Historikern und Sozialwissenschaftlern begonnen, sich an dem Deutungsmuster der Opfertheorie zu reiben, die von einer älteren Generation formuliert worden ist (DAM 176 S 6 f.). Für UP Dr. Fritz Hausjell, Fachberater des Projektes „Nach-Richten“ und Medienhistoriker an der Wiener Universität, werde die zentrale Frage der jüngeren an die ältere Generation gestellt: „Was habt ihr gewusst?“ (FU vom 14.2.2008, S 7). Unter dem Schlagwort „Bewältigung der Vergangenheit“, die sie selbst nicht erlebt haben, wird von einer „Kollektivschuld“ aller Österreicher gesprochen, einer beliebten Ausrede der verant-

wortlichen NS (STB 50, FK vom November 1991). Eine solche kann es, wie unter anderem UP Viktor Frankl in seiner Ansprache im Wiener Rathaus am 10.3.1988 festgestellt hat, nicht geben; verantwortlich schuldig kann man nur für das sein, was man selbst getan hat (ÖWIP 3/03 S 7).

Nach Meinung des deutschen Historikers und Philosophen Reinhart Koselleck habe eine Änderung von Ort oder Zeit oder Person neue Sichtweisen zur Folge (Q 4/2007 S 10). Neben der Änderung der Sichtweisen dürften aber konkrete materielle Gründe bei der Aufrollung der Frage der Mitschuld im Spiel sein. Am 14.5.1955, dem

Vortrag der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages, konnte Leopold Figl die Streichung der „Mitschuld-Klausel“ und damit die Mitverantwortlichkeit Österreichs aus der „Moskauer Deklaration“ erreichen, die seinerzeit auf Wunsch Stalins aufgenommen worden ist, um die sowjetischen Reparationsforderungen an Österreich moralisch zu untermauern (FÖ 13). Österreich sei als Opfer zu keinen Zahlungen bereit gewesen, sei aber dazu von den westlichen Alliierten gezwungen worden, denn es habe ein amerikanisches und britisches Interesse daran bestanden, da diese teilweise verarmten Menschen sonst diesen Staaten zur Last gefallen wären (Helga Embacher in der Fu vom 20.3.2003 S 8). Die Konstruktion „Österreich als überfallenes Land“ sei vielleicht juristisch stichhaltig; von der Okkupationsthese habe man mehr oder weniger eine allgemeine kollektive Unschuld konstruiert und versucht, das auf die Restitutions- und Entschädigungspolitik anzuwenden (GD 4/2006 S 4).

Unbestritten ist, dass aus Österreich stammende Personen zwischen 1938 und 1945, als Österreich nicht existiert hat, Gräueltaten verübt haben; diese haben sie aber nicht als österreichische Staatsbürger im Namen Österreichs sondern als deutsche Staatsbürger im Namen des deutschen Volkes verbrochen. Solange Österreich als Staat handlungsfähig gewesen ist, hat es sowohl vor 1938 als auch nach 1945 Verbrechen der NS geahndet. Dies ist u.a. vor 1938 durch Einführung der Todesstrafe für Sprengstoffdelikte geschehen; bei der



Moskauer Deklaration vom 1. 11. 1943

► Nationalratswahl 1945 hatten NS nicht wählen dürfen, nach den Kriegsverbrecherprozessen sind verbrecherische Handlungen der NS verfolgt worden, es sind auch Todesstrafen verhängt und vollzogen worden. Noch heute wird nach dem Verbotsgesetz jede Wiederbetätigung im NS Sinn bestraft.

Zu den hauptsächlich von Nachkommen der vor den Gräueln der braunen Hydra Emigrierten lauthals verkündeten Behauptung, das Gros der Österreicher sei Nazi gewesen, Österreicher treffe daher eine Kollektivschuld, sei vor allem auf die Protokolle der parlamentarischen Enquete 2005 „Widerstand in Österreich 1938 bis 1945“ (WÖ) und „Widerstand 1939 bis 1945, Zivilcourage heute, Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ am 4. Mai 2007 „Parlament Transparent“ (PT) verwiesen.

Schon um 5:00 Uhr früh des 12.3.1938 sind der Reichsführer der SS Heinrich Himmler mit leitenden Funktionären von Polizei und Gestapo in Wien gelandet (PP vom 13.3.1938 S 2). Sie haben sofort mit dem braunen Terror begonnen. Wer an politischer und sonstiger Prominenz aus allen Parteirichtungen greifbar gewesen war, ist sofort verhaftet worden (HSCH 227). Schon am 1.4.1938 ist der erste, der so genannte Prominententransport, mit 150 Verhafteten von Wien in das KZ Dachau gebracht worden; zahlreich weitere Verschickungen in diverse KZ's sind gefolgt. Daher ist der Widerstand in Österreich nicht sofort in Gang gekommen, hat aber immer mehr Zulauf erhalten; auch die Zahl der Opfer des zivilen Widerstandes ist immer größer geworden (WÖ 13, 19).

Das österreichische Bundesheer ist in die deutsche Wehrmacht eingegliedert worden. Bei der Ernennung der neuen Führung für Österreich sind Offiziere aus dem alten Reichsgebiet stark bevorzugt worden (Neue Zürcher Zeitung vom 30.3.1938, Blatt 1, S 1 „Die Gleichschaltung Österreichs“ (NR 3)). Es hat daher keine homogenen österreichischen Formationen gegeben (SchK 328, HSCH 238); sondern nur individuelle Widerstandshandlungen einzelner gegeben bis zur Desertion und der Unterstützung der Alliierten (WÖ 271 ff.). Fritz Molden, der 1944 aus der Deutschen Wehrmacht desertiert ist, stellte in Zusammenarbeit mit dem zivilen Widerstand Verbindung mit dem Alliierten Hauptquartier her; es gelang ihm, Verbindungsoffiziere der Alliierten, Waffen und Funkgeräte, zum Teil per Fallschirm, zum Teil aus der Schweiz, nach Österreich zu bringen; in Zusammenarbeit mit dem zivilen Widerstand konnten viele Kriegszerstörungen verhindert werden (WÖ 246). In Tirol ist es den Widerstandsgruppen der Deutschen Wehrmacht, organisiert von dem damaligen Leutnant Ludwig Steiner, gelungen, die militärische Macht an sich zu reißen und in einem kühnen Handstreich die gesamte deutsche Prominenz aus Militär und Partei am 2.5.1945 während deren Abendessen gefangen zu nehmen. In der Nacht darauf hat Steiner über Straßen, die teilweise noch von wallonischer SS überwacht worden sind, Kontakt mit den in Bayern stehenden Truppen der USA aufgenommen und konnte diese am 3.5.1945, von der Bevölkerung

begrüßt, in das mit rot-weiß-roten Fahnen geschmückte Innsbruck führen, womit der Krieg in dieser Gegend zu Ende gewesen ist (STB 96 ff., FK September/1999 S 14).

Als sich die Rote Armee im Frühjahr 1945 den Grenzen Wiens näherte, hat die Widerstandsgruppe im Stellvertretenden Generalkommando des XVII. AK in Wien in Zusammenarbeit mit zivilem Widerstand Kontakt mit der Roten Armee aufgenommen, um Zerstörungen, wie sie seinerzeit in Budapest entstanden sind, zu vermeiden („Operation Radetzky“). Am 2.4.1945 ist es dem damaligen Oberfeldwebel Käs gelungen, in Hochwolkersdorf Kontakt mit der Roten Armee aufzunehmen und entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Der Aufstand gegen die Deutschen in Wien sollte in der Nacht von 5. auf 6.4. losbrechen. Diese Aktion ist verraten worden, die Offiziere des Widerstandes Major Biedermann, Oberleutnant Raschke und Leutnant Huth sind gefangen genommen und am 8.4.1945 nach standgerichtlichem Verfahren in Wien Floridsdorf am Spitz öffentlich gehängt worden mit der Tafel „Ich habe mit den Russen paktiert“.

In der Zeit der NS-Besetzung 1938 – 1945 hat Österreich folgende Verluste erlitten: 27290 Österreicher sind wegen ihres Widerstandes ermordet oder in den KZ's zu Tode geschunden worden; 74000 Österreicher sind in der Deutschen Wehrmacht wegen Zersetzung der Wehrkraft, Kriegsdienstverweigerung oder Desertion

zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt oder justifiziert worden; 37000 Österreicher sind wegen Widerstandes, Schwarzhörens oder Sabotage länger als drei Monate im Kerker oder KZ's gewesen. Wegen ihrer Abstammung sind aus Österreich 51500, vornehmlich Juden, in KZ's deportiert und dort ermordet worden; 59000 sind ins europäische Ausland, 75000 nach Übersee emigriert. Von den 800000 zur Deutschen Wehrmacht eingezogenen sind 380000 Österreicher, das sind 10 % der männlichen Bevölkerung, nicht mehr zurückgekehrt; allein in Wien sind bei Bombenangriffen 12622 Menschen getötet worden. Zahlreiche Häuser sind zerstört und viel Schaden in der Infrastruktur angerichtet worden (FK April/1999 S 5).

Unter dem Titel „Verfälschungen der Geschichte“ schreibt UP Dr. Norbert Leser in der Fu vom 22.7.1993, S 5, man tue der österreichischen Geschichte durch Rückprojektion erst später gewonnener Einsichten Gewalt an und tue den historischen Akteuren von damals unrecht. Bei der Jahreshauptversammlung des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes am 7.3.1996 hat der damalige 2. Präsident des Nationalrates Heinrich Neisser auf die besondere Verantwortung der Wissenschaftler, die sich mit zeithistorischer Forschung befassen, hingewiesen. Es gelte, sich von Interessen und Emotionen frei zu spielen, die historischen Quellen zu erfassen, sie richtig zu beurteilen und daraus ein ausgewogenes Urteil abzuleiten (FK 9/2003 S 3). Nach einem mit UP Dr. Gerhard Botz, Zeithistoriker an der Universität Wien, in der Fu vom 14.2.2008, S 22, „Relativität der Zeitgeschichte“ wiedergegebenen Interview sei

Es ist nicht schwer, die Fahne voranzutragen der stolzen Reihe. Doch wenn im Wind die Fetzen knattern, der zage Haufen wild zerflattern, zeigt sich die Treue.

Europa im Begriff eine gemeinsame Geschichtskultur zu entwickeln, von der sich Österreich nicht absondern könne, wenn es Teil Europas sein wolle; es müssten neue Maßstäbe existieren, die unserer Gesellschaft entsprechen. „Im Zuge der einsetzenden geschichtspolitischen Änderungen“ habe es nach Deklarationen Maßgebender eine „überraschende Wandlung und den Konsens“ ergeben, „dass sich Österreich zur Mittäterschaft am NS-Regime bekennt“. Im Zuge dieses Wandels hat „ausgerechnet die rechtskonservative schwarz-blaue Regierung unter Wolfgang Schüssel mehr in Richtung Vergangenheitsbewältigung bewirkt als man gedacht hätte“. Diese Regierung habe „Entschädigungszahlungen vorangetrieben und zum Teil wirklich gute Lösungen in diesen Fragen präsentiert.“ Entspricht diese Deutung der historischen Ereignisse der Jahre 1938 bis 1945 der von Dr. Neisser postulierten besonderen Verantwortung der Wissen-

schafter oder werden diese Ereignisse durch mit der späten Geburt Begnadete 50 Jahre später in ein Prokrustes-Bett gezwängt, um der (von wem?) fest gesetzten neuen europäischen Geschichtskultur, einem Einheitsbrei, zu entsprechen?

Quellen und Abkürzungen:

Ac: Academia, Datum, Seite
 DAM: Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Nummer, Seite
 FK: Freiheitskämpfer, Datum bzw. Nummer, Seite
 FÖ: Ernst Trost „Figl von Österreich“ Verlag Otto Molden, Wien 1972
 FU: Die Furche, Datum, Seite
 GD: Zeitschrift „Der Gedenkdienst“, Nummer, Seite
 GP: Gemeinschaftsprojekt des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und des Karl von Voglsang-Institutes vom 23.1.2001
 HSch: Anton Hopfgartner „Kurt Schuschnigg, ein Mann gegen Hitler“, Verlag Styria, Graz 1989
 KÖ: Gottlieb Karl Kindermann, „Österreich gegen Hitler, Europas erste Abwehrfront 1933 – 1938“ Verlag Langen Müller, München 2003
 NR: Nach-Richten, Dokumente, Nummer, Datum, herausgegeben von Peter McGee, britisches Ver-

lagshaus Albertas ltd., Fachberater UP Dr. Fritz Hausjell
 ÖN: „Die Österreichische Nation“, herausgegeben von der „Österreichischen Gemeinschaft“
 ÖWIP: Informations- und Presseedienst der „Österreichischen Widerstandsbewegung“
 PÖ: Hugo Portisch, Österreich I., Die unterschätzte Republik, Verlag Kremayr&Scheriau Wien 1988
 PP: „Prager Presse“ Nachrichten I
 PT: „Parlament Transparent“ 1/2007, herausgegeben von der österreichischen Parlamentsdirektion
 Q: „Quart, Zeitschrift des Forums Kunst – Wissenschaft – Medien“

SchK: Kurt Schuschnigg „Im Kampf gegen Hitler“, Verlag Otto Molden, Wien 1969
 STB: Ludwig Steiner „Botschafter, ein Leben für Österreich“, Verlagsanstalt Arthesia Bozen 2005
 VN: Gustav Steinbauer „Ich war Verteidiger in Nürnberg“ Eduard Kaiser Verlag, Klagenfurt 1950
 WÖ: „Widerstand in Österreich 1938 – 1945“ Beiträge der Parlamentsenquete 2005
 VVV: Widerstand und Verfolgung in Wien 1934 – 1945, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1975

Ju. ■

Mordkommandos unterwegs

Knapp vor dem totalen Zusammenbruch des Nazi-Regimes geht der Maßstab für den Wert des menschlichen Lebens in Deutschland endgültig verloren. SS-Kommandos und „Wehrwolf-Verbände“ greifen flüchtige Wehrmachtangehörige und Volkssturmmänner auf, erschießen sie oder hängen sie an Laternen oder Baumpfählen auf.

„Im Namen von Frauen und Kindern“ steht auf den Tafeln, die vor der Brust der Toten baumeln: „Ich habe mit dem Bolschewiken paktiert“, „Wehrwolf Oberbayern“.

Der Oberbürgermeister von Aachen Franz Oppenhoff wird von der „Volksjustiz“ hingerichtet, wegen Zusammenarbeit mit der Besatzungsarmee.

Drei Bretteimer Bürger werden nach einer „Standgerichtlichen Verurteilung“ mit Telefondrähten gehängt: Einer von ihnen hatte vier Hitler-Jungen die Panzerfäuste weggenommen, die beiden anderen haben sich geweigert, das Todesurteil zu unterschreiben.

Der Oberfeldrichter einer SS-Division lässt in den Wäldern bei Warnstein 208 russische und polnische Arbeiter auch Frauen und Kinder erschießen.

Am 24. April 1945 wird der Regensburger Domprediger Dr. Johann Maier zusammen mit dem Lagerarbeiter Josef Zirkel von der Gestapo gehängt, nachdem ein Standgericht sie schuldig befunden hatte, „offen versucht zu haben, den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung zu lähmen“. Um den Hals der Hingerichteten hängte man eine Schnur, die eine Tafel mit der Aufschrift trägt: „Hier starb ein Saboteur“.

Quelle: „Der Zweite Weltkrieg – Zeit im Bild“, Verlag Ueberreuther, Wien 1979, Seite 299.

Ein ähnliches Schicksal haben in Wien die Offiziere Biedermann, Huth und Raschke erlitten, worüber wiederholt im FK berichtete worden ist.

Ju.

Ein Bauernsohn schreibt an seine Eltern

3. Februar 1944

Liebe Eltern!

Ich muss euch eine traurige Nachricht mitteilen, dass ich zum Tode verurteilt worden bin, ich und Gustav G.. Wir haben es nicht unterschrieben, zur SS, da haben sie uns zum Tode verurteilt. Ihr habt doch geschrieben, ich soll nicht zur SS gehen, mein Kamerad Gustav G. hat es auch nicht unterschrieben. Wir beide wollen lieber sterben als unsere Gewissen mit so Gräueltaten beflecken. Ich weiß, was die SS ausführen muss. Ach, liebe Eltern, so schwer es für mich ist und für euch ist, verzeiht mir alles, wenn ich euch beleidigt habe, bitte verzeiht mir und betet für mich. Wenn ich im Kriege fallen würde und hätte ein böses Gewissen, das wäre auch traurig für euch. Es werden noch viele Eltern ihre Kinder verlieren. Es fallen SS-Männer auch viel. Ich danke euch für alles, was ihr mir seit meiner Kindheit Gutes getan habt, verzeiht mir, betet für mich.

Quelle: „Der Zweite Weltkrieg – Zeit im Bild“, Verlag Ueberreuther, Wien 1979, Seite 242.

Ju.

Vorarlberger Euthanasieopfer

Nach einem in den Vorarlberger Nachrichten vom 11.10.2007 „Lokal/A5“ unter dem Titel „Missachtet, getötet, verdrängt“ wiedergegebenen Forschungsergebnis einer Expertengruppe des Kulturforums Bregenzer Wald lasen sich 56 Euthanasiefälle im Bregenzer Wald mit Sicherheit nachweisen; Allein in Alberschwende konnten 11 Opfer namhaft gemacht werden. Eine von ihnen ist Katharina Lampert gewesen, über die bereits im FK 17/2006 S 2 unter der Überschrift „Vorarlberger NS-Opfer“ berichtet worden ist. Ein weiteres Opfer war Ilse Geuzel geb. 1930 im Bregenzer Wald. Nach einer im Kindesalter erlittenen Gehirnhautentzündung litt sie unter Sprachschwierigkeiten. Sie ist allein deshalb in die berüchtigte Tötungsanstalt Schloss Hartheim bei Linz gebracht und dort am 6. Jänner 1941 vergast worden.

Ju.

Weitere Termine:

1. Am 12. März 2008, um 18:30 Uhr, am Heldenplatz in Wien, veranstaltet die Katholische Jugend Österreichs gemeinsam mit anderen Organisationen eine „**Nacht des Schweigens**“ in Erinnerung der vielen Opfer des NS-Regimes. Auch die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich ist beteiligt. Wir laden recht herzlich zur Teilnahme ein.

2. Die Gedenkstunden der Schuljugend für die Opfer des Faschismus finden in folgenden Gedenkstätten statt:

Gedenkfeier für den 1. und 3. Bezirk:

Ort: Saltzorgasse 6, 1010 Wien

Zeit: Mittwoch, 12. März 2008, um 11:00 Uhr

Die Feier wird von LehrerInnen und SchülerInnen der SchülerInnenschule WUK gestaltet.

Gedenkfeier für den 8. Bezirk:
Ort: Wiener Landesgericht, Landesgerichtsstraße 11, 1080 Wien

Zeit: Mittwoch, 12. März 2008, um 11:00 Uhr

Das Programm wird von SchülerInnen der KMS Geblergasse gestaltet.

3. In Erinnerung an die Ereignisse um das Rosenkranzfest am 7. Oktober 1938 im und beim Stephansdom in Wien sowie an den Sturm auf das Erzbischöfliche Palais wird am **7. Oktober 2008 um 18:00 Uhr** eine Gedenkveranstaltung mit Heiliger Messe im Stephansdom abgehalten.

Wegen Platzfreihaltungen werden alle interessierten Kameradinnen und Kameraden gebeten, uns ihr Interesse an einer Teilnahme mitzuteilen.

Ebenso werden Zeitzeugen über diese Ereignisse gesucht. Diese mögen sich entweder bei uns oder bei der Katholischen Jugend, 1080 Wien, Alserstraße 19, Tel.Nr. 01/8905155-3392 melden.

Ka.

**Internet: <http://www.oevp-kameradschaft.at>
E-mail: office@oevp-kameradschaft.at**

Offenlegung

Medieninhaber: ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich (Kuratorium)

Vereinsgegenstand: Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idgF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann KomR. Dr. Gerhard Kastelic, Obmann-Stv.: VPräs. d. VwGH i. R. Dr. Hubert Jurasek und Mathias Denifl, Kassier Othmar Burian, Schriftführer Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer. **Grundlegende Aufgabe** der Zeitschrift ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

Auschwitz bekommt einen neuen Namen

Wie vor kurzem in den Vorarlberger Nachrichten berichtet worden ist, ist auf Antrag der polnischen Regierung die auf die UNESCO-Welterbeliste gesetzte Gedenkstätte „Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau“ in „Nazi-Deutsches Konzentrations- und Todeslager Auschwitz-Birkenau“ umbenannt worden. Zur Begründung hat die polnische Regierung darauf verwiesen, dass die häufige Bezeichnung als polnisches Lager das Land diffamiere, da sie eine Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern impliziere. In ausländischen Medien sei immer wieder vom „polnischen Konzentrationslager“ und von „polnischen Gaskammern“ geschrieben worden.

Ju.

*Die Freiheit und das
Himmelreich gewinnen
keine Halben.*

Impressum:

**Medieninhaber
und Herausgeber:**

Kuratorium der
ÖVP-Kameradschaft der
politisch Verfolgten und
Bekenner für Österreich,
1080Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44

Fax: 01/401 43-350

Schriftleitung: Dr. Hubert Jurasek,
VPräs. d. VwGH i. R.

Fotos: Archiv, Österreichische
Widerstandsbewegung, Nach-
richten, Dr. Gerhard Kastelic,
privat

Satz/Umbruch: Tanja Pichler,
1080 Wien, Stolzenhalerg. 15

Druck: Druckerei Lischkar,
Migazziplatz 4, 1120 Wien

